

Bericht
des Umweltausschusses
betreffend
die 3. Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern
Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im
Bereich der österreichischen Donau

[L-2013-221762/3-XXIX,
miterledigt [Beilage 228/2022](#)]

I. Anlass und Inhalt der Vereinbarung

1. Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung ist die Absicht des Bundes und der Länder Niederösterreich, Oberösterreich und Wien effiziente Schutzmaßnahmen vor künftigen Donauhochwasserereignissen zu setzen.

Diese eigenständige Vereinbarung existiert neben den beiden bereits abgeschlossenen Art. 15a B-VG-Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien betreffend Hochwasserschutzmaßnahmen an der österreichischen Donau (vgl. BGBl. II Nr. 67/2007, BGBl. I Nr. 201/2013).

2. Die vorliegende Vereinbarung wurde seitens des Landes Oberösterreich vom Landeshauptmann unter dem Vorbehalt der Erfüllung der landesverfassungsrechtlichen Erfordernisse unterzeichnet.
3. Die Erläuterungen zur Vereinbarung wurden dem Ministerratsvortrag zur Genehmigung der Vereinbarung durch die Bundesregierung entnommen und sind aus der Subbeilage 2 der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 30. Mai 2022 ([Beilage 228/2022](#), XXIX. Gesetzgebungsperiode) ersichtlich.

II. Finanzielle Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften

Bei Gesamtkosten von 222,06 Mio. Euro im Zeitraum von 2022 bis 2030 beläuft sich der 50 %-ige Bundesanteil auf 111,03 Mio. Euro, davon entfallen 46,6 Mio. Euro auf den Hochwasserschutz im Land Oberösterreich.

Der 30 %-ige Anteil des Landes Oberösterreich an den Hochwasserschutzmaßnahmen im Land Oberösterreich beläuft sich auf 27,96 Mio. Euro. Der Restbetrag in der Höhe von 18,64 Mio. Euro ist von den Interessenten, also im Wesentlichen von den Gemeinden, zu tragen.

III. Finanzielle Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger und auf Unternehmen einschließlich der Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Die in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen bringen keinerlei finanzielle Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen und für Wirtschaftstreibende im Besonderen mit sich. Der weitere Ausbau des Hochwasserschutzes im Bereich der Donau bewirkt auch eine Attraktivierung des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich.

IV. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Die Vereinbarung regelt ausschließlich Fragen der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien im Rahmen des Hochwasserschutzes; diese Angelegenheiten sind nicht Gegenstand von Rechtsvorschriften der Europäischen Union, so dass schon aus diesem Grund die Vereinbarkeit der Regelungen der Vereinbarung mit dem Unionsrecht gegeben ist.

V. Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer

Die in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen haben - soweit ersichtlich - weder direkt noch indirekt unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer.

VI. Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit

Die in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen weisen keine besondere umweltpolitische Relevanz auf.

VII. Genehmigungspflicht

Da der Inhalt der vorliegenden Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG auf eine mehrjährige Bindung des Landes Oberösterreich in Bezug auf die Verwendung von Finanzmitteln ausgerichtet ist, bedarf sie gemäß Art. 56 Abs. 4 Oö. L-VG der Genehmigung durch den Landtag.

Der Umweltausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Abschluss der 3. Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau, die der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 30. Mai 2022 ([Beilage 228/2022](#), XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage 1 angeschlossen war, gemäß Art. 56 Abs. 4 Oö. L-VG genehmigen.

Linz, am 23. Juni 2022

Severin Mayr
Obmann

Klaus Mühlbacher
Berichterstatter